Praxishandbuch Ausstellungen in Bibliotheken

Mit einem Geleitwort von Barbara Lison
Bundesvorsitzende des Deutschen Bibliotheksverbandes,
dbv

Herausgegeben von
Petra Hauke

DE GRUYTER
SAUR

Diese Veröffentlichung ist das Ergebnis einer Lehrveranstaltung des Instituts für Bibliotheks- und Informationswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin, angeboten unter dem Titel „Von der Idee zum Buch – Durchführung eines Publikationsprojektes einschließlich DTP“ im Wintersemester 2015/2016 unter der Leitung von Petra Hauke. Die im Folgenden genannten Studierenden haben daran teilgenommen:

Joris Lui Busch, Leyla Dewitz, Maria Fentz, Dorothea Fischer, Alette Geschwandtner, Josephine Hunting, Antonia Kirschner, Jan Christopher Klaus, Anne-Kristin Krause, Vivian Charleen Kübler, Franziska Lengauer, Nathalie Leonhardt, Marlene Moser, Natalia Pechenkina, Bernard Raić, Nico Saß, Madita Scheer, Galina Terekhova, Julia Wacker, Liza Weber

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in den Texten in der Regel das generische Maskulinum dann verwendet, wenn kein biologisches Geschlecht gemeint ist (sexus) oder männliche und weibliche Personen gleichermaßen gemeint sind (genus, grammatisches Geschlecht). Dies beruht nicht auf einer Diskriminierung des weiblichen Geschlechts. Das Buch richtet sich gleichermaßen an Leserinnen und Leser.

ISBN 978-3-11-047279-0

e-ISBN (PDF) 978-3-11-047504-3

e-ISBN (EPUB) 978-3-11-047286-8

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Einbandabbildung: Kraufmann/Hörner, Rechte Stadt Stuttgart

Satz: Michael Peschke, Berlin

Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

☺ Gedruckt auf säurefreiem Papier

Printed in Germany

www.degruyter.com

Armin Talke

Rechtliche Aspekte von Ausstellungen in Bibliotheken

Einleitung

Wer eine Ausstellung von Bibliotheksbeständen oder anderen Gegenständen plant, denkt sicher nicht zuallererst an Rechtsfragen. Vorrangig erscheinen Organisation, Finanzierung, Zusammenstellung und Erschließung der Ausstellungsgegenstände. Das ist nachvollziehbar. Unnötige Mühen und eilige juristische Konsultationen erst kurz vor Veranstaltungsbeginn können aber vermieden werden, wenn von Anfang an ein paar rechtliche Bedingungen mitgedacht und ggf. untersucht werden.

Durch die rechtzeitige juristische Prüfung werden Probleme nicht von selbst gelöst. Sie führt aber dazu, dass

- a) die rechtlichen Voraussetzungen rechtzeitig aufgezeigt werden,
- b) diese Voraussetzungen erfüllt werden können oder
- c) die Ausstellungsveranstalter die Möglichkeit haben, eine Einschätzung und Risikoabwägung vorzunehmen:
 - Wo könnten Rechtsverstöße vorliegen?
 - Was kostet es an Aufwand und Geld, diese Verstöße auszuschalten?
 - Wie wahrscheinlich ist es, wegen eines Verstoßes rechtlich belangt zu werden?
 - Wie hoch ist der Schadensersatz, der im Fall des Falles zu leisten ist?
 - Ist ein Image-Schaden für die austragende Einrichtung zu befürchten?

Auf den folgenden Seiten werden einige rechtliche Rahmenbedingungen aus dem Urheberrecht und dem Persönlichkeitsrecht dargestellt, die – neben anderen – für die Durchführung von Ausstellungen wichtig sind.

1 Die Ausstellung und das Urheberrecht

In Bibliotheksbeständen finden sich typischerweise überwiegend Materialien, die bereits irgendwo veröffentlicht worden sind: Bücher, Zeitschriften- und Zeitungsartikel, Postkarten usw. Im Gegensatz zu Archiven sind in Bibliotheken Dokumente, die nicht bereits publiziert worden sind, eher selten. Für Ausstellungen können aber gerade diese einzigartigen Materialien, die z. B. per Nachlass in den Bibliotheksbestand eingegangen sind, besonders interessant sein. Für diese bisher unveröffentlichten Dokumente gelten rechtlich andere Voraussetzungen als für bereits publizierte.

Das Urheberrecht ist nicht für alle Ausstellungsgegenstände relevant, denn es hat Grenzen. Voraussetzung für den Urheberrechtsschutz ist, dass es sich bei den Materialien um „persönliche geistige Schöpfungen“ bzw. leistungsschutzrechtlich geschützte Dokumente handelt und außerdem die Schutzfrist noch nicht abgelaufen ist. „Persönliche geistige Schöpfungen“ sind nach § 2 Abs. 2 UrhG durch den menschlichen Geist geprägte Produkte, die die Persönlichkeit des Urhebers widerspiegeln.¹ Eines der wichtigsten Kriterien für die Qualifizierung als „Werk“ ist dessen Individualität.²

Um es abzukürzen: Fast alle Bibliotheksbestände, die für Ausstellungen relevant sind, dürften auch „persönliche geistige Schöpfungen“ sein. Auch kürzeste Texte, etwa solche, die nur aus elf Wörtern bestehen, können die für den Werkschutz erforderliche Individualität aufweisen.³ Bei bildender und mittlerweile auch bei angewandter Kunst ist anerkannt, dass für den Werkschutz kein „Überragen des Alltäglichen“ überprüft werden muss.⁴

Gemäß § 64 UrhG erlischt das Urheberrecht 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers. Die Frist beginnt nach § 69 UrhG mit Ablauf des Todesjahres. Wenn ein Künstler oder Schriftsteller, dessen Originale durch eine Kultureinrichtung genutzt werden sollen, also z. B. im Jahr 1945 verstorben ist, darf das Werk ab 1.1.2016 „verwertet“ werden – auf jede Art und Weise, die nicht gegen andere Gesetze verstößt, z. B. gegen Strafgesetze wie Volksverhetzung (§ 130 StGB).

Wenn es sich um anonyme oder pseudonyme Werke handelt – wie etwa Fotos aus Zeitungen – können diese gemäß § 66 UrhG schon 70 Jahre nach der Veröffentlichung verwendet werden. Anonym oder pseudonym sind Werke allerdings nur, wenn die Namen nicht im Register anonymer oder pseudonymer Werke offengelegt oder aufgelöst wurden oder zwischenzeitlich öffentlich bekannt geworden sind nach § 66 Abs. 2 UrhG. Dies ist z. B. der Fall bei „Theobald Tiger“ für Kurt Tucholsky, dessen Werke allerdings wegen seines Todes im Jahr 1935 ohnehin nicht mehr dem Urheberrechtsschutz unterliegen.

Fotos, die nur dem Leistungsschutzrecht des § 72 UrhG unterliegen, kommen für Ausstellungen wohl kaum in Frage. Dabei soll es sich um Schnappschüsse oder „Knipsbilder“ handeln, die eben, weil sie keine „persönlichen geistigen Schöpfungen“ nach § 2 Abs. 2 UrhG sind, keinen entsprechenden Werkschutz genießen. Die Abgrenzung zwischen Werk- und Leistungsschutz ist auch weitgehend unnötig, weil letzterer den gleichen Umfang hat. Allerdings ist er kürzer: Er läuft 50 Jahre nach der Herstellung bzw. Veröffentlichung aus.

¹ Bullinger, in: Bullinger & Wandtke (Hrsg.) 2014, § 2 Rn. 21.

² Schack 2009, Rn. 225.

³ EuGH, Urteil vom 16.07.2009–C–5/08, NJW 2010, 753 – Infopaq.

⁴ Zu Werken der bildenden Kunst siehe Schulze, in: Dreier & Schulze 2015, § 2 Rn. 52; zu Werken der angewandten Kunst siehe BGH GRUR 2014, 175 und 178 f. – Geburtstagszug.

1.1 Das Ausstellungsrecht nach § 18 UrhG

Das „Ausstellungsrecht“ als Exklusivrecht des Urhebers ist im Urheberrechtsgesetz (UrhG) ausdrücklich geregelt:

§ 18 Ausstellungsrecht

Das Ausstellungsrecht ist das Recht, das Original oder Vervielfältigungsstücke eines unveröffentlichten Werkes der bildenden Künste oder eines unveröffentlichten Lichtbildwerkes öffentlich zur Schau zu stellen.

Das exklusive Ausstellungsrecht des Urhebers besteht danach also etwa *nicht* an *unveröffentlichten Schriftwerken*. Heißt das nun, dass nur bei z. B. Skizzen und Fotografien vor der Ausstellung der Urheber bzw. dessen Rechtsnachfolger um Erlaubnis für die Ausstellung gebeten werden müsste und bei Schriften nicht? Das ist leider nicht so, denn das urheberrechtliche „Verbot“, solche Gegenstände oder Dokumente ohne Zustimmung des Rechteinhabers auszustellen, ergibt sich schon aus § 12 Abs. 1 UrhG, das einen Aspekt des sog. „Urheberpersönlichkeitsrechtes“ regelt. Darin heißt es:

Der Urheber hat das Recht zu bestimmen, ob und wie sein Werk zu veröffentlichen ist.

Eine Ausstellung ist eine Veröffentlichung. Das wiederum ergibt sich sinngemäß aus § 6 Abs. 1 UrhG: Ein Werk ist veröffentlicht, wenn es mit Zustimmung des Berechtigten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist.

Darunter fällt auch die in § 18 UrhG geregelte Ausstellung, also das „Öffentliche Zurschaustellen“. ⁵ § 18 UrhG hat also eigentlich gar keine eigenständige Bedeutung. ⁶ Man kann daher sagen, dass es sich bei dem exklusiven Ausstellungsrecht um ein „Einmalrecht“ handelt ⁷, das nach der ersten Ausstellung – oder einer anderen Art der Veröffentlichung –, die mit Zustimmung des Rechteinhabers erfolgt, „verbraucht“ ist. ⁸ Der Begriff der „Ausstellung“ umfasst allerdings nicht die Wiedergabe im Intra- oder Internet oder per Rundfunk und Fernsehen. Das ergibt sich daraus, dass der Urheber für diese Arten der „öffentlichen Wiedergabe“ separate ausschließliche Nutzungsrechte besitzt (§ 15 Abs. 2 UrhG).

⁵ Bullinger, in: Bullinger & Wandtke (Hrsg.) 2014, § 18 Rn. 2.

⁶ Schack 2009, Rn. 652.

⁷ Bullinger & Wandtke (Hrsg.) 2014, Rn. 2.

⁸ Schulze, in: Loewenheim (Hrsg.) 2010, § 20 Rn. 58.

1.2 Die Ausstellung eines im Eigentum der Bibliothek befindlichen Originals, § 44 Abs. 2 UrhG

Die Regelung des § 44 UrhG („Veräußerung des Originals“) erleichtert Ausstellern den Umgang mit den in § 18 UrhG unter das exklusive Ausstellungsrecht gestellten unveröffentlichten Lichtbildwerken und Werken der bildenden Künste. Denn danach gilt im Zweifel: Wenn die Bibliothek, eine andere Kultureinrichtung oder auch eine Privatperson Eigentümer daran geworden ist, darf sie sie auch ausstellen, ohne den Urheber zu fragen:

§ 44 Veräußerung des Originals des Werkes

- (1) Veräußert der Urheber das Original des Werkes, so räumt er damit im Zweifel dem Erwerber ein Nutzungsrecht nicht ein.
- (2) Der Eigentümer des Originals eines Werkes der bildenden Künste oder eines Lichtbildwerkes ist berechtigt, das Werk öffentlich auszustellen, auch wenn es noch nicht veröffentlicht ist, es sei denn, dass der Urheber dies bei der Veräußerung des Originals ausdrücklich ausgeschlossen hat.

Wenn der Urheber sich also das Ausstellungsrecht im Zeitpunkt der Verfügung über das Original eines Werkes der bildenden Kunst oder eines Lichtbildwerkes nicht vorbehalten hat, verliert er das Exklusivrecht, d. h. er kann die Ausstellung auch später nicht verbieten. Das Verbotungsrecht wirkt auch gegenüber dem fort, der das Originalexemplar gar nicht vom Urheber selbst, sondern von einem Zwischenhändler erworben hat.⁹ Ein solcher Vorbehalt dürfte allerdings ausgesprochen selten vorkommen, denn: Welche Kultureinrichtung übernimmt schon ein Original, wenn der Urheber ihm die Ausstellung verbietet?

Die Vorschrift kann für Bibliotheken relevant sein, wenn sie an unveröffentlichten Werken der bildenden Kunst oder an Lichtbildwerken, z. B. als Nachlass, das Eigentum übertragen bekommen haben. Sie müssen also den Urheber vor einer Ausstellung nicht mehr um Erlaubnis fragen. Der § 44 Abs. 2 UrhG betrifft aber nicht Online-Ausstellungen oder Fotos für die Webseite. Diese sind nur im engen Rahmen der Ausnahmeregelung des § 58 Abs. 1 UrhG – Werke in Ausstellungen, öffentlichem Verkauf und öffentlich zugänglichen Einrichtungen, sog. „Katalogbildfreiheit“ – erlaubt.

§ 44 UrhG regelt den Interessenkonflikt zwischen dem Eigentümer der Sache, also einem Werkexemplar, und dessen geistigem Eigentümer, also dem Urheber. Für unveröffentlichte Schriftwerke – also etwa das Manuskript eines Romans, der später nicht in dieser Form erschienen ist – gibt es keine vergleichbare Norm, sodass diese ohne Zustimmung des Urhebers nicht ausgestellt werden dürfen. Ob Vereinbarungen, mit denen „Nachlass“ ihre Schriftwerke Bibliotheken überlassen, so auszulegen sind, dass darin diese Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wird, ist nicht allge-

⁹ Schulze, in: Dreier & Schulze 2013, § 44 Rn. 20.

meingültig zu beurteilen.¹⁰ Daher kann an dieser Stelle nur dazu geraten werden, sich in solchen Verträgen das Recht zur Veröffentlichung oder zumindest zur Ausstellung einräumen zu lassen.

1.3 Die Ausstellung von bearbeiteten oder umgestalteten Werken

Ob es bei einer Ausstellung von Lichtbildern oder Werken der bildenden Kunst nahe-
liegt, sie aus praktischen oder ästhetischen Gründen zu verändern, ist eine Frage der
Praxis in der jeweiligen Einrichtung. Jedenfalls ist das Zurschaustellen solcher (urhe-
berrechtlich geschützten) umgestalteten Werke oder Kopien davon unzulässig. Das
ergibt sich aus § 23 S. 1 UrhG:

Bearbeitungen oder andere Umgestaltungen des Werkes dürfen nur mit Einwilligung des Urhe-
bers des bearbeiteten oder umgestalteten Werkes veröffentlicht oder verwertet werden.

Jede Veränderung kann schon eine „Umgestaltung“ sein, z. B. wenn von einem Foto
nur ein Ausschnitt benutzt wird.¹¹

1.4 „Katalogbildfreiheit“, § 58 UrhG

Die „Katalogbildfreiheit“ nach § 58 Abs. 1 UrhG betrifft alle Einrichtungen, die Werke
ausstellen, an denen sie selbst nicht die entsprechenden Nutzungsrechte eingeräumt
bekommen haben. Während die Ausstellung der Original-Werke selbst ohne Zustim-
mung des Urhebers selbst weitgehend erlaubt ist (s. o.), befasst sich § 58 Abs. 1 UrhG
mit den Maßnahmen zur Bekanntgabe dieser Veranstaltungen. Im dort vorgesehenen
Rahmen dürfen Abbildungen von Gemälden oder Fotografien verbreitet oder auf der
Webseite gezeigt werden.

§ 58 Katalogbildfreiheit

(1) Zulässig ist die Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung von öffent-
lich ausgestellten oder zur öffentlichen Ausstellung oder zum öffentlichen Verkauf bestimmten
Werken der bildenden Künste und Lichtbildwerken durch den Veranstalter zur Werbung, soweit
dies zur Förderung der Veranstaltung erforderlich ist.

¹⁰ Vgl. Müller 2009, S. 71 und S. 75. Allgemeines Persönlichkeitsrecht bei Nachlässen. In P. Klimpel (Hrsg.), Öffentliche Archive – „Geheime“ Informationen: der Umgang mit sensiblen Daten in Film-
museen, Archiven und Mediatheken. 3. Juristisches Symposium der Deutschen Kinemathek. Berlin:
Institut für Museumsforschung (Mitteilungen und Berichte aus dem Institut für Museumsforschung,
Nr. 49). [http://www.smb.museum/fileadmin/website/Institute/Institut_fuer_Museumsforschung/
Mitteilungen/MIT049.pdf](http://www.smb.museum/fileadmin/website/Institute/Institut_fuer_Museumsforschung/Mitteilungen/MIT049.pdf) (23.01.2016).

¹¹ LG München I, Urteil vom 05.03.1993 – 21 O 7688/92, AfP 1994, S. 239 f.

(2) Zulässig ist ferner die Vervielfältigung und Verbreitung der in Absatz 1 genannten Werke in Verzeichnissen, die von öffentlich zugänglichen Bibliotheken, Bildungseinrichtungen oder Museen in inhaltlichem und zeitlichem Zusammenhang mit einer Ausstellung oder zur Dokumentation von Beständen herausgegeben werden und mit denen kein eigenständiger Erwerbszweck verfolgt wird.

Im „Museumsvertrag“, den viele Kultureinrichtungen mit der VG Bild-Kunst abgeschlossen haben, wird die Reichweite der erlaubnis- und vergütungsfreien Werbemaßnahmen nach § 58 Abs. 1 UrhG beschrieben. Eckpunkte aus dem Vertrag können auch denjenigen Einrichtungen, die ihn nicht abgeschlossen haben, als Orientierung dienen.

Die Werbung durch den Print-Katalog darf danach keinen eigenständigen gewerblichen Zweck verfolgen, d. h. der Nettoverkaufspreis darf nicht mehr als 25 % über den Herstellungskosten liegen; bei Wechselausstellungen ist auch der Verkauf der Restauflage nach Ausstellungsende erlaubt. Online-Werbebanner sollen nach § 58 UrhG nur drei Monate vor sowie während der Laufzeit der Ausstellung geschaltet werden dürfen, auf der eigenen Webseite dürfen nur max. 15 Werke während der Ausstellung sowie für einen Zeitraum von 3 Monaten vor und 6 Wochen nach der Ausstellung in bestimmter Maximalauflösung gezeigt werden. Für Werk-Verwertungen, die über diese Definitionen hinausgehen, gewährt der Museumsvertrag denjenigen Einrichtungen, die ihn mit der VG Bild-Kunst abgeschlossen haben, einen Rabatt. Nicht zu vergessen ist allerdings, dass als Ausstellungen i. S. d. § 58 UrhG nicht nur vorübergehende, sondern auch ständige Ausstellungen gelten.¹²

2 Schutz der Privatsphäre

Wie oben erläutert, kommt es bei Ausstellungen urheberrechtlich u. a. darauf an, ob ein Werk schon veröffentlicht wurde. Das gilt auch im persönlichkeitsrechtlichen Bereich. Denn es macht natürlich auch hier einen Unterschied, ob ein Dokument schon vor der Ausstellung veröffentlicht wurde oder ob es bisher nur im Nachtschrank einer Privatperson, im Archiv eines Verlags oder unerschlossen in einem Schubel im Magazin der ausstellenden Kultureinrichtung zu finden war. Solche – bisher privaten – Materialien können auf unterschiedliche Weise in die Sammlungen von Kultureinrichtungen gelangt sein: Unter anderem können sie als sog. „Vorlässe“ oder „Nachlässe“ der Einrichtung geschenkt, verkauft oder auch verliehen worden sein. Es kommt auch vor, dass ganze Verlagsarchive zur Erschließung an Kultureinrichtungen gegeben werden. Die Besonderheit solcher Materialien ist, neben ihrer bisher ausstehenden Veröffentlichung, dass sie oft nicht vom Nachlasser selbst, sondern von

¹² Lüft, in: Bullinger & Wandtke (Hrsg.) 2014, § 58 Rn. 12; Vogel, in: Loewenheim & Schricker (Hrsg.) 2010, § 58 Rn. 12.

Dritten stammen oder bisher der Öffentlichkeit unbekannte Informationen enthalten können.

Die Frage des Umgangs mit solchen privaten Materialien stellt sich bei der (Online-) Katalogisierung, der Herausgabe an Benutzer und natürlich auch bei ihrer öffentlichen Zurschaustellung. Für Einrichtungen bedeutet das: Die Ausstellung solcher Materialien ohne die Zustimmung der Betroffenen bzw. deren Rechtsnachfolger kann schwierig werden bzw. rechtswidrig sein.

Die gute Nachricht lautet: Mit dem Persönlichkeitsrecht gibt es keine Probleme, wenn sich personenbezogene Informationen nur auf die Person des Nachlassers selbst beziehen und dieser bzw. seine Angehörigen bei der Überlassung der Veröffentlichung zugestimmt haben, alle in den Dokumenten erwähnten Personen schon lange tot sind (mind. 10 bis 30 Jahre) oder die Materialien von Anfang an für die Veröffentlichung bestimmt waren¹³, z. B. Pressemitteilungen oder Protokolle öffentlicher Sitzungen.¹⁴

2.1 Gesetzliche Regelung der Privatsphäre

Die Regeln für den Umgang mit personenbezogenen Informationen finden sich in verschiedenen einfachen Gesetzen, die sich mit Fragen der Privatsphäre befassen. Dazu gehören die Datenschutzgesetze des Bundes und der Länder. Zweck des *Bundesdatenschutzgesetzes*¹⁵ ist es, „den Einzelnen davor zu schützen, dass er durch den Umgang mit seinen personenbezogenen Daten in seinem Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt wird.“¹⁶ Entsprechende Zweckbestimmungen sind in den Landesdatenschutzgesetzen zu finden, die für Landesbehörden und sonstige öffentliche Stellen des jeweiligen Bundeslandes gelten.¹⁷

Das *Bundesarchivgesetz* (BArchG) regelt nach § 5 Abs. 2 u. a. den Umgang mit „Archivgut des Bundes, das sich auf natürliche Personen bezieht“. Eben solches gilt auch für die Landesarchivgesetze. Allerdings verpflichten die Archivgesetze regelmäßig nur die jeweiligen staatlichen Archive, nicht aber etwa Bibliotheken und Museen. Das gilt auch, wenn diese archivtypisches Material sammeln.

Machen diese Gesetze (trotzdem) eine Aussage darüber, was Bibliotheken in Ausstellungen „zur Schau stellen“ dürfen? Nach den Datenschutzgesetzen gilt prinzipiell: Personenbezogene Daten dürfen nur dann erhoben, gespeichert oder genutzt werden,

¹³ Vgl. § 5 Abs. 4 BArchG, § 17 Abs. 2 S. 1 ThürArchivG und § 7 ArchivG NRW.

¹⁴ Hinweise zur Handhabung des § 7 ArchivG NRW – Nutzung von Archivgut durch Dritte. *Archivpflege in Westfalen und Lippe*, H. 39 (April 1994), S. 35–41.

¹⁵ Anwendbar vor allem für die öffentlichen Stellen des Bundes und nicht-öffentliche Stellen (z. B. Unternehmen), die personenbezogene Daten verarbeiten.

¹⁶ § 1 Abs. 1 BDSG.

¹⁷ Zum Beispiel § 2 Abs. 1 BlnDSG.

wenn ein Gesetz das erlaubt oder die Betroffenen eingewilligt haben.¹⁸ Nach § 3 Abs. 1 BDSG sind personenbezogene Daten „Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbarer natürlichen Person.“ Es handelt sich dabei also nicht nur um solche Informationen, die normalerweise als besonders sensibel und schützenswert angesehen werden wie beispielsweise Gesundheits- oder Finanzdaten, sondern es fallen schon ganz alltägliche Daten wie etwa die, welche Person mit einer anderen in Briefkontakt stand, darunter.¹⁹ Bereits rechtmäßig, d. h. mit Zustimmung des Betroffenen, veröffentlichte personenbezogene Informationen dürfen nach dem BDSG in dessen Anwendungsbereich erhoben und genutzt werden. Das ergibt sich aus § 13 Abs. 2 Nr. 4 BDSG für die Datenerhebung, d. h. Sammlung, und aus § 14 Abs. 2 Nr. 5 BDSG für die Nutzung, allerdings nur dann, wenn sie zur Erfüllung der Aufgaben der Einrichtung erforderlich ist. Wenn ein Dokument oder eine Information noch nicht veröffentlicht wurde, wird für die Ausstellung der Kauf-, Schenkungs- oder Leihvertrag daher die nach § 4a BDSG erforderliche Einwilligung der betroffenen Personen oder Angehöriger enthalten müssen. Hiervon kann nur bei besonderen Forschungsvorhaben²⁰ abgesehen werden. Die Datenschutzgesetze schützen, abgesehen von den o. g. besonders sensiblen Bereichen, die betroffenen Personen nur bis zu ihrem Tod.²¹

Unveröffentlichte Materialien, die sich in Bibliotheken befinden, sind ja eigentlich Archivmaterial, das sich nur nicht in einem Archiv, sondern eben in einer Bibliothek befindet. Es liegt also durchaus nahe, die Archivgesetze sinngemäß auf die in Bibliotheken befindlichen Unterlagen anzuwenden, zumal es sich hier – genau wie bei Archiven – vorwiegend um öffentliche Einrichtungen handelt. Auch wenn sie unmittelbar nur auf Bundes- bzw. Landesarchive anwendbar sind: Es gibt in einzelnen Landesbibliotheksgesetzen Verweisungen auf Archivgesetze (z. B. § 4 Abs. 3 Thüringer Bibliotheksgesetz). Dort, wo es solche Bezugnahmen nicht gibt, bewegen Bibliotheken sich bei der Ausstellung personenbezogener Dokumente allerdings teilweise in einer rechtlichen Grauzone. Die Archivgesetze sind aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes so restriktiv, dass sie die Ausstellung einschlägiger Materialien nicht vereinfachen.

Nach dem Thüringer Archivgesetz etwa darf personenbezogenes Archivgut erst 10 Jahre nach dem Tod der Person bzw. bei nicht ermittelbarem Todesjahr 90 Jahre nach der Geburt genutzt werden (§ 17 Abs. 1). Diese oder ähnliche Fristen gelten auch in

¹⁸ Vgl. § 4 Abs. 1 BDSG.

¹⁹ Simitis (Hrsg.) 2014, § 3 Rn. 5 ff.

²⁰ § 13 Nr. 8 BDSG für die Datenerhebung u. § 14 Nr. 9 BDSG für die Datennutzung: Wenn dies „zur Durchführung wissenschaftlicher Forschung erforderlich ist, das wissenschaftliche Interesse an der Durchführung des Forschungsvorhabens das Interesse des Betroffenen an dem Ausschluss der Erhebung erheblich überwiegt und der Zweck der Forschung auf andere Weise nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand erreicht werden kann“.

²¹ Simitis (Hrsg.) 2014, § 3 Rn. 17.

den Archivgesetzen anderer Bundesländer.²² Für Archivgut des Bundes, das sich auf natürliche Personen bezieht, gelten noch längere Fristen: 30 Jahre nach dem Tod bzw. 110 Jahre nach der Geburt. Ausnahmen gibt es nur für besondere Forschungsvorhaben, deren Ergebnisse jedoch nur nach Entfernung der personenbezogenen Angaben veröffentlicht werden dürfen, z. B. in § 17 Abs. 5 ThürArchG. Eine Einwilligung für die Ausstellung müsste andernfalls von der betroffenen Person selbst oder nach ihrem Tod von ihren Angehörigen eingeholt werden. Nach § 17 Abs. 6 ThürArchG sind an erster Stelle der überlebende Ehegatte, nach dessen Tod seine Kinder und, wenn weder ein Ehegatte noch Kinder vorhanden sind, die Eltern der betroffenen Person zu fragen. Die anderen Archivgesetze entsprechen dem weitgehend.

2.2 Auslegung bei unklaren Regelungen

Bei Bundeseinrichtungen und in den Ländern, in denen keine Verweisung von Bibliotheksgesetzen auf Archivgesetze vorhanden sind, gibt es (scheinbar) für sie keine so klaren Regeln. Woraus ergibt es sich dann, dass auch sie sich bei der Ausstellung unveröffentlichter personenbezogener Dokumente an strenge Voraussetzungen, wie etwa die in den Archivgesetzen festgelegten Fristen, halten müssen?

Die Fristen stellen eine gesetzliche Fixierung von Grundsätzen dar, die durch höchstrichterliche Auslegung verfassungsrechtlicher Normen entwickelt wurden. Das Verfassungsrecht aber gilt – unabhängig von der „einfachgesetzlichen“ Festlegung in Archivgesetzen – auch für Bibliotheken, vor allem solche, die Teile öffentlich-rechtlicher Körperschaften sind. Außerdem darf nicht vergessen werden, dass die nach Verfassungsrecht und Archivgesetzen geltenden Fristen ja eigentlich eine Erleichterung für die nutzungswilligen Einrichtungen sind: Immerhin ist geklärt, dass der Schutz nicht in alle Ewigkeit fortwährt.

Hier ein kurzer Überblick über einschlägige Gerichtsurteile:

- Nach der Rechtsprechung ist anerkannt, dass ein in seinen Persönlichkeitsrechten Verletzter zivilrechtlich²³ die Unterlassung und Beseitigung der Verletzung verlangen kann.
- Bereits in einer Entscheidung²⁴ aus dem Jahr 1958 hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass die durch Art. 1 und 2 GG geschützte Unantastbarkeit der Menschenwürde und das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Allgemeines Verfassungsrechtliches Persönlichkeitsrecht)²⁵ auch unmittelbar jenen inneren

²² Zum Beispiel § 7 Abs. 1 ArchivG NRW; § 17 Abs. 3 Archivgesetz des Landes Berlin – ArchGB. Hier gilt zusätzlich: Ist auch der Geburtstag dem Archiv nicht bekannt, endet die Schutzfrist 70 Jahre nach der Entstehung der Unterlagen.

²³ Nach § 1004 BGB.

²⁴ BGH, Urteil vom 14.02.1958 – I ZR 151/56, BGHZ 26, 349 – Herrenreiter.

²⁵ Art. 1 Abs. 1 i. V. m. Art. 2 Abs. 2 GG.

Persönlichkeitsbereich schützt, der grundsätzlich nur der freien und eigenverantwortlichen Selbstbestimmung des Einzelnen untersteht.

- Von einem zivilrechtlichen Unterlassungs- oder Beseitigungsanspruch²⁶ können prinzipiell auch Bibliotheken, die persönliche Informationen veröffentlichen, betroffen sein.

Die Frage ist: Welche Frist muss ablaufen, damit Bibliotheken ihre personenbezogenen Archivmaterialien z. B. für Ausstellungen nutzen dürfen, ohne Ansprüche, die aus der Verletzung von Persönlichkeitsrechten herrühren, befürchten zu müssen? Die Pflicht zur Wahrung des „Allgemeinen Verfassungsrechtlichen Persönlichkeitsrechts“ gilt, unabhängig von der Frage der (sinngemäßen) Anwendbarkeit der Archivgesetze, auch für sie. Das Persönlichkeits-Grundrecht gibt allerdings nur einen Rahmen vor, der jeweils im Einzelfall durch Gerichte ausgelegt wird. Bereits in einem Urteil aus dem Jahr 1954 hatte z. B. der Bundesgerichtshof entschieden, dass die Veröffentlichung eines anwaltlichen Schreibens in einer Zeitung gegen Persönlichkeitsrechte verstoßen kann.²⁷

Klar und weit hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Volkszählungsurteil aus dem Jahr 1983 den Begriff und die zulässige Verwendung personenbezogener Daten gefasst. Danach gewährleistet das Allgemeine Persönlichkeitsrecht in seiner Ausprägung als Recht auf „informationelle Selbstbestimmung“ die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen. Einschränkungen dieser informationellen Selbstbestimmung seien nur auf gesetzlicher Grundlage zulässig. Ausdrücklich stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass es „kein belangloses Datum“ gibt. Vielmehr bedarf die Verwendung aller personenbezogenen Daten einer besonderen Rechtfertigung. Das Volkszählungsurteil war die Grundlage für die oben erläuterte Datenschutzgesetzgebung des Bundes und der Länder, nach der ja die Verwendung dieser Daten immer eines Gesetzes oder der Einwilligung des Betroffenen bedarf. Das Persönlichkeitsrecht ist allerdings verfassungsrechtlich nicht in alle Ewigkeit geschützt, sondern es läuft – allerdings erst nach dem Tode der betroffenen Person – dann als sog. „Postmortales Persönlichkeitsrecht“ aus: Nach der „Mephisto-Entscheidung“ des BGH schwindet das Schutzbedürfnis in dem Maße, in dem die Erinnerung an den Verstorbenen verblasst und im Laufe der Zeit auch das Interesse an der Nichtverfälschung des Lebensbildes abnimmt.²⁸ Insbesondere bei bildenden Künstlern hat der BGH ein Schutzbedürfnis für bis zu 30 Jahre nach deren Tode anerkannt.²⁹ Diesen von der höchstrichterlichen Rechtsprechung anerkannten Fristen tragen die Archivgesetze mit ihren Fristen für die Nutzung des einschlägigen Materials Rechnung (s. o.). Zu beachten ist, dass nicht

²⁶ Beziehungsweise dem entsprechenden verwaltungsrechtlichen Anspruch.

²⁷ BGH, Urteil vom BGH, 25.05.1954 – I ZR 211/53, BGHZ 13, 334 – Veröffentlichung von Briefen.

²⁸ BGH, Urteil vom BGH, 20.03.1968 – I ZR 44/66, BGHZ 50, 133 (140 f.) – Mephisto.

²⁹ BGH, Urteil vom 08.06.1989 – I ZR 135/87, BGHZ 107, 384 – Emil Nolde.

nur die verstorbene Person, auf die sich ein Dokument unmittelbar bezieht, betroffen sein kann, sondern auch die Angehörigen betroffen sein können, etwa bei Erbkrankheiten.³⁰ In diesen Fällen beziehen sich die Fristen (auch) auf diese Angehörigen.

3 Fazit

Bei Ausstellungen ist, wie gezeigt, besonders im Hinblick auf unveröffentlichte Werke Vorsicht geboten. Um Probleme zu vermeiden, sollte schon bei deren Aufnahme in den Bestand die Erlaubnis zur Ausstellung mit vereinbart werden. Diese Erlaubnis ist (mit den o. g. Abstrichen) sowohl aus urheber- als auch aus persönlichkeitsrechtlichen Gründen erforderlich. Natürlich funktioniert das nur, wenn der „Nachlass“ bzw. die Person, die den Überlassungsvertrag mit der Bibliothek abschließt, überhaupt ermächtigt ist, diese Erlaubnis zu geben. Das ist regelmäßig nicht der Fall bei Dokumenten von Dritten (z. B. Briefen), die sich im Nachlass befinden, oder wenn sich persönliche Informationen auf solche nicht beteiligten Personen beziehen. Bei diesen Materialien wird die nutzende Einrichtung nicht darum herumkommen, später um die urheber-, daten- oder archivrechtlich erforderliche Einwilligung der Urheberrechtsinhaber und betroffenen Personen bzw. Angehörigen zu bitten oder den Ablauf der urheber- und persönlichkeitsrechtlichen Schutzfristen abzuwarten.

Literatur

- Bullinger, W. & Wandtke, A.-A. (Hrsg.). (2014). *Praxiskommentar zum Urheberrecht* (4., neu bearb. Aufl.). München: Beck.
- Dreier, T. & Schulze, G. (2013). *Urheberrechtsgesetz: Urheberrechtswahrnehmungsgesetz, Kunsturhebergesetz; Kommentar* (4. Aufl.). München: Beck.
- Dreier, T. & Schulze, G. (2015) unter Mitw. von L. Specht. *Urheberrechtsgesetz: Urheberrechtswahrnehmungsgesetz, Kunsturhebergesetz; Kommentar* (5. Aufl.). München: Beck.
- Loewenheim, U. (Hrsg.). (2010). *Handbuch des Urheberrechts* (2. Aufl.). München: Beck.
- Loewenheim, U. & Schricker, G. (Hrsg.). (2010). *Urheberrecht: Kommentar* (4., neu bearb. Aufl. des v. G. Schricker bis zur 3. Aufl. hrsg. Werkes). München: Beck.
- Schack, H. (2009). *Kunst und Recht: Bildende Kunst, Architektur, Design und Fotografie im deutschen und internationalen Recht* (2., neu bearb. Aufl.). Tübingen: Mohr Siebeck.
- Simitis, S. (Hrsg.). (2014). *Bundesdatenschutzgesetz* (8., neu bearb. Aufl.). Baden-Baden: Nomos.

³⁰ Simitis (Hrsg.) 2014, § 3 Rn. 17.